



Der alternative Blick

Ausgabe 8 | Januar 2025



Kanzler der Minus-Rekorde

Liebe Leser,

unter Bundeskanzler Olaf Scholz erleben wir in allen Bereichen unseres Lebens Abbruch, Niedergang und Negativrekorde: Bildung, Staatsfinanzen, Bundesbahn, Gewaltkriminalität, illegale Masseneinwanderung, Plünderung der Sozialkassen, Justizskandale, Verlust der Meinungsfreiheit, Vertrauen in den Staat und Ansehen im Ausland – noch nie seit 1945 ist Deutschland derart tief abgestürzt.

Dazu kommen die skandalösen Personalien in Scholz' Kabinett: eine Außenministerin mit gefälschtem Lebenslauf, die den israelischen Premier Netanjahu in Deutschland verhaften lassen will; ein Wirtschaftsminister, der die deutsche Wirtschaft mit Höchstgeschwindigkeit gegen die

Wand fährt und Vaterlandsliebe zum Kotzen findet; eine ins linksextremistische Milieu verwobene Innenministerin, die mit der Justiz gegen die Presse- und Meinungsfreiheit vorgeht; eine Familienministerin, die linksextreme Verfassungsfeinde mit Steuergeld anfüttert und das Töten Ungeborener straffrei stellen will; ein Finanzminister, der einen verfassungswidrigen Haushalt aufstellt; und so fort.

Eine Wende zu einer besseren Politik ist mit einem Bundeskanzler Merz nach der kommenden Bundestagswahl nicht zu erwarten. Er hat sich längst Rot-Grün angeeignet. Bleibt nur die AfD. Nur mit uns wird es eine Umkehr aus diesem Tal der Tränen geben.

Einen guten Start ins neue Jahr wünscht Ihnen

Rainer Balzer

Die Rekordzahlen

Höchste Strompreise und Atomstromimporte

Deutschland hat die höchsten Strompreise in der EU. Wir zahlen durchschnittlich 40 Cent je kWh. Der EU-Durchschnitt liegt bei 29 Cent, die Ungarn zahlen nur 11 Cent je kWh. Ursache ist die politisch gewollte Verteuerung der Produktion von Strom. Steuern, Umlagen und Abgaben wurden vom Staat seit 2000 mehr als verdreifacht; sie machen den Strompreis zu mehr als der Hälfte aus. Laut Prognosen aus dem Habeck-Ministerium wird der Preis in den kommenden Jahren weiter steigen. Allein das Ansteigen der CO₂-Steuer wird die Unternehmen eine Milliarde Euro zusätzlich kosten. Gleichzeitig ist der Import von Atomstrom auf ein Allzeithoch gestiegen.



Höchste Abflüsse von Investitionskapital

125 Milliarden Euro an Investitionskapital wurden 2023 aus Deutschland abgezogen – so viel wie noch nie. Deutsche Unternehmen zogen 135 Milliarden ab und investierten sie im Ausland, ausländische Unternehmen investierten nur noch 10 Milliarden in Deutschland, also praktisch nichts mehr. Die Deindustrialisierung lässt sich auch an diesen Zahlen ablesen.

Höchste Wohnkosten

1.025 € pro Monat: Noch nie mussten in Deutschland derart hohe Kosten fürs Wohnen gestemmt werden. Gleichzeitig fehlen mindestens 830.000 Wohnungen, und der Zuzug von Asylanten, die ja auch Wohnungen brauchen, geht ungemindert weiter. Die Bauministerin hat unterdessen die Zahl ihrer Beamten verdoppelt, die ihrer Angestellten verdreifacht. Ohne jeden Erfolg.



Höchststand bürokratischer Vorschriften

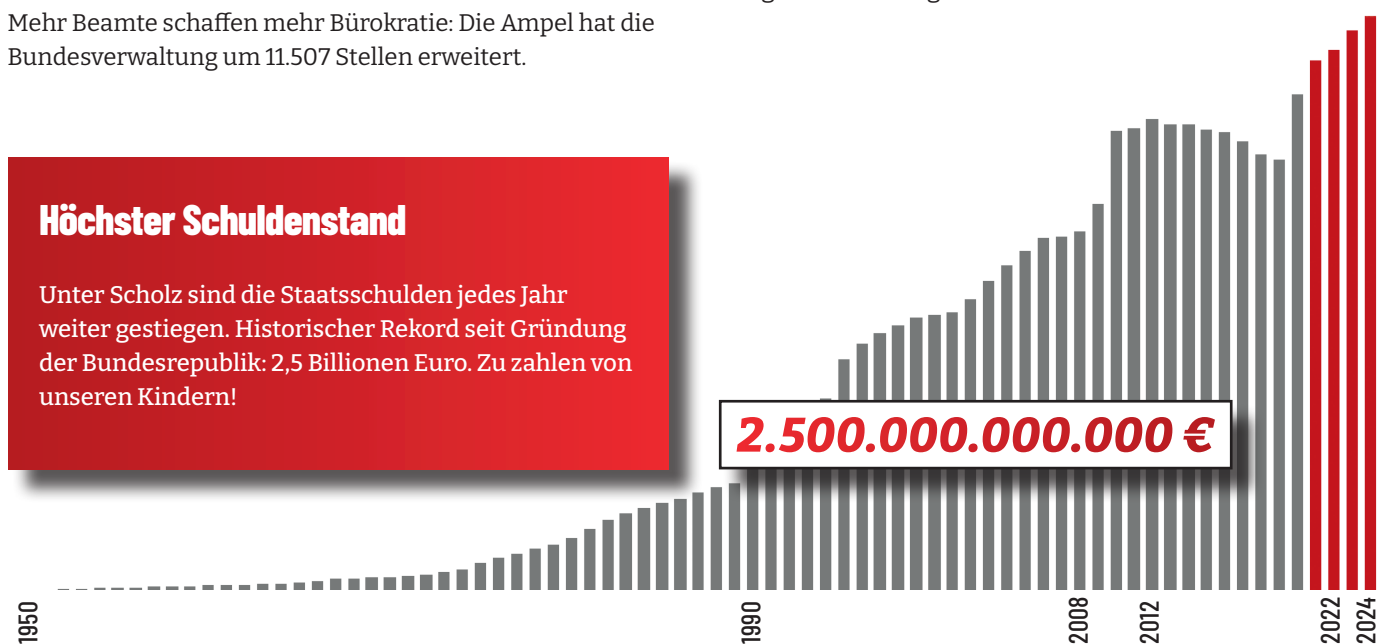
93.328 Einzelnormen gängeln heute Wirtschaft und Bürger – ein historischer Höchststand. Der hierfür nötige Erfüllungsaufwand hat sich für die Unternehmen seit 2020 verdreifacht. Das verursacht hohe Kosten und Frustration. Mehr Beamte schaffen mehr Bürokratie: Die Ampel hat die Bundesverwaltung um 11.507 Stellen erweitert.

Höchststand Sozialabgaben

In den Ampeljahren sind auch die Sozialabgaben auf den Höchststand seit den 90ern auf 41,4 % der Bruttolohns gestiegen. Ein Anstieg auf 50 % bis 2045 wird befürchtet.

Höchster Schuldenstand

Unter Scholz sind die Staatsschulden jedes Jahr weiter gestiegen. Historischer Rekord seit Gründung der Bundesrepublik: 2,5 Billionen Euro. Zu zahlen von unseren Kindern!



Höchster Anstieg von Gewaltkriminalität

Jedes Ampeljahr ein neuer Rekord an Gewaltkriminalität:

214.099

mal wurde 2023 in Deutschland gemordet, totgeschlagen, vergewaltigt, geraubt, genötigt, verletzt, verstümmelt – ein Anstieg seit 2021 um dreißig Prozent (2021: 164.646 Gewaltdelikte). Der Anteil jugendlicher Täter hat sich fast verdoppelt. Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen ist von durchschnittlich 550 bis 2021 auf 789 im Jahr 2022 angestiegen, die der Messerangriffe auf 26.113. Diese werden seit 2021 statistisch erfasst, mit anfänglich ca. 10.000 Delikten.

Höchste Zahl an Regierungsbeamten

Die Beamtenstellen in den Bundesministerien wurden unter Olaf massiv erhöht: mit einem Plus von 8,6 % auf den historischen Höchststand von **20.805** Beamten (Mitte 2023). Allein in Habecks Ministerium ist der Beamtenapparat um fast 900 Stellen gewachsen. Die Beamtenbesoldung steigt übrigens ab 2025 – um das Lohnabstandsgebot gegenüber dem Bürgergeld einzuhalten.

Höchste Zahl antisemitischer Straftaten

Noch nie seit Gründung der Bundesrepublik ist die Zahl antisemitischer Straftaten so schnell gestiegen. Der Großteil geht auf den importierten arabischen Judenhass zurück. Von 2022 bis 2023 stieg die Zahl der Straftaten ausländischer Ideologie von 67 auf 1.186, die der religiösen Ideologie von von 38 auf 531. Für eine Regierung, die unablässig hysterisch „gegen rechts“ kämpft ist das eine verheerende Bilanz.



Geringstes Vertrauen in den Staat

Nur noch **30 %** der Deutschen vertrauen dem Staat. Das sind so wenige wie noch nie zuvor. 70 % der Bürger halten den Staat für überfordert und vertrauen ihm nicht, vor allem in den Bereichen Asyl, Bildung und innerer Sicherheit. Ohne Vertrauen lässt sich jedoch kein Staat machen.

Geringste Meinungsfreiheit

Nur mehr **40 %** der Bürger fühlen sich frei in ihren politischen Äußerungen, so wenige wie noch nie. Insbesondere zu den Themen Islam, Patriotismus und Gleichberechtigung ist das Vertrauen eingebrochen. Doch ohne Meinungsfreiheit bröckelt die Demokratie.

Schlechteste Schulbildung

In der letzten Pisa-Studie 2022 schnitten die Schüler in Deutschland so schlecht ab wie noch nie. Ein Drittel der 15-jährigen hat deutliche Defizite im Bereich Mathematik, ein Viertel beim Lesen und in den Naturwissenschaften. Der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss steigt ebenso wie der Anteil an Analphabeten. Man bedenke: Diese Jugend ist die Zukunft unseres Landes.

Höchste Zahl von Anzeigen gegen Bürger

Noch nie haben Regierungsmitglieder so oft Anzeigen gegen Bürger erstattet, meist wegen angeblicher Beleidigung: bisher 1.413 mal. **Anzeigehauptmeister** sind Herr Habeck mit 805 und Frau Baerbock mit 513 Anzeigen. Bestrafe einen, erziehe Hundert: Die Anzeigen der Grünen sind ein perfider Anschlag auf die Meinungsfreiheit.

Foto: Gönne Hany / flickr CC-BY 2.0



Foto: US Außenministerium / Wikimedia / CC0

Die Klageflut gegen Bürger

Noch nie haben Politiker Äußerungen von Bürgern so oft angezeigt wie Scholz' Minister – ein massiver **Angriff auf die Meinungsfreiheit**. Im Dezember 2024 wurde – nach einer Anzeige von Habeck – eine 74-Jährige Dame wegen „Volksverhetzung“ verurteilt, weil sie unter einem Post von Habeck geäußert hatte: „Wir sind nicht auf Faulenzer und Schmarotzer angewiesen und schon gar nicht auf Messerkünstler und Vergewaltiger.“ Eine sachlich richtige Aussage. Aber dank Habeck muss sie nun 12 Jahre lang jeden Monat 53 Euro von ihrer 1.600-Euro-Rente zahlen.

Immer öfter stellen Volksvertreter Strafanzeige nach § 188 Strafgesetzbuch. „Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung“ kann mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Bis 2020 wurde dieser Paragraph so gut wie nie angewendet, nun rollt eine Klagewelle über das Land.

Eine Anzeige von Habeck führte zur Hausdurchsuchung bei einem Rentner wegen der „Schwachkopf“-Kachel. Geldstrafen wurden gefordert für „Hohlbratze“ Richtung Baerbock, „hässliche Frau“ an die Adresse von Anton Hofreiter „Früher waren Dick und Doof zwei Personen“ Richtung Ricarda Lang, „Arschgesicht“ gegen Robert Habeck. Aber: Alice Weidel darf ungestraft als „Nazi-Schlampe“ bezeichnet werden. Diese Art von Justiz delegitimiert sich selbst.

Die AfD wird sich für eine **Streichung des § 188** einsetzen. Die Tatbestände sind bereits im Strafgesetzbuch geregelt. Da „alle Menschen vor dem Gesetz gleich“ sind, darf es keine verbesserten Gesetze für Politiker geben.

Eine FDP-nahe **Anschwärzbude** hat aus dem § 188 ein lukratives **Geschäftsmodell** entwickelt: Sie bietet KI-gestütztes Schnüffeln im Internet an inklusive quasi-automatischer Anzeigen. Mehrere prominente Bundespolitiker einschließlich Habeck sind sich nicht zu schade, unter Nennung ihrer politischen Ämter rechtswidrig Werbung für diese Abmahnfirma zu machen und sich als Opfer von „Hass“ zu inszenieren. Wie tief wollen sie noch sinken?

Das zeigt: Die Bundesregierung geht zwar in Serie juristisch gegen Äußerungen von Bürgern vor – arbeitet aber selbst nicht selten rechtswidrig. Ein prominenter Fall ist das Verbots-Vorgehen von Faeser gegen „Compact“. Was sie als „harten Schlag gegen die rechtsextremistische Szene“ bezeichnete, ist nichts anderes ein versuchter Schlag gegen die Meinungsfreiheit. Folgerichtig hat das Bundesverwaltungsgericht Faesers „Verbot“ einstweilig aufgehoben.

Rechtsanwalt Steinhöfel hat allein in diesem Jahr in 14 Fällen Presseorgane gegen Klagen der Bundesregierung verteidigt – und sämtliche Verfahren gewonnen. Nancy Faeser verleumdete den Journalisten Henry Broder auf

der Webseite des Bundesinnenministeriums, er würde „Muslim*innen“ dämonisieren. Faser musste dies löschen. Ferda Ataman, „Beauftragte für Antidiskriminierung“, wollte dem Nachrichtenportal Nius gerichtlich eine Äußerung zu Transpersonen verbieten lassen und scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht. Dort verlor auch Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze gegen Nius. Die Verfahren kosteten den Steuerzahler fast 55.000 Euro.

Umgekehrt weigerte sich Faesers Ministerium, Auskunft über die eigenen Unterlassungsbegehren zu geben. Erst auf eine Klage vor Gericht hin war Faeser bereit offenzulegen, wessen Berichte sie unterbinden lassen wollte.

Für die Bundesminister bleiben die zahllosen Rechtsverstöße folgenlos. Verantwortung für ihre Fehlritte übernehmen sie nicht. Sie machen ihre Ämter damit zu Ramschware.

In einem freiheitlich-demokratischen Staat geht die Regierung nicht mit der Justiz gegen kritische Bürger und die Presse vor. Das ist ein Merkmal autoritärer Systeme. Offensichtlich ist „**Unseredemokratie**“ auf dem besten Weg dorthin.



Der wendige Kanzler

Olaf Scholz ist ein wendiger Mann. Im August 2021 war er gegen eine Corona-Impfpflicht, ab Dezember 2021 dafür. Erst war er dagegen, dass die Ukraine deutsche Waffen auch jenseits ihrer Grenzen einsetzen darf, kurz danach war er dafür. Erst wollte er keine Gepard-Panzer an die Ukraine liefern, dann doch. Deutschland ist unter Olaf zum viertgrößten Kriegswaffenlieferant an die Ukraine mutiert, aber Scholz will sich im Wahlkampf als „Friedenskanzler“ ausgeben. Sein Wort ist schon lange nichts mehr wert.

Scholz ist ein Mann, der offensichtlich nicht weiß, was zu tun ist. Vielleicht hat er es auch vergessen. Die Wähler werden jedenfalls nicht vergessen, dass ihm die Schuhe des Bundeskanzlers von jeher fünf Nummern zu groß waren.

V.i.S.d.P.: Sven Geschinski
Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart, 0711 2063 5612
rainer.balzer@afd.landtag-bw.de

